

volkshilfe.

AUS VERANTWORTUNG FÜR ÖSTERREICH.
REGIERUNGSPROGRAMM 2020-2024

ANALYSE DER VOLKSHILFE

INHALT

	Seite
A Vorwort	2
B Pflege und Betreuung	3
C Arbeit	6
D Armut und Soziales	9
E Integration, Asyl und Migration	12
F Frauenpolitik	15
G Gemeinnützigkeit	18
H Entwicklungszusammenarbeit	19

A VORWORT

Die Volkshilfe Österreich versteht sich neben ihrer täglichen Arbeit mit jenen Menschen, die unsere Angebote im Bereich Pflege, Betreuung, Armutsbekämpfung, Rechtsberatung und der Arbeit mit Schutzsuchenden, Menschen mit Behinderungen und in der Nachbarschaftsarbeit in Anspruch nehmen, auch als anwaltschaftliche Vertreterin in der Öffentlichkeit.

Wir sind erleichtert, dass die neue Regierung der schwarz-blauen Regierungszeit mit ihren rechtsextremen „Einzelfällen“ und Skandalen ein Ende gesetzt hat.

In unserer vorliegenden Analyse des Regierungsprogramms konzentrieren wir uns auf die für die Volkshilfe wesentlichen Bereiche. Wir kommentieren das Übereinkommen aus der Perspektive der Problemlagen der Betroffenen, mit denen wir in unserer tagtäglichen sozialen Arbeit konfrontiert sind.

Das neue türkis-grüne Regierungsabkommen verfolgt zum einen begrüßenswerte neue Initiativen – etwa im Bereich Klimaschutz, Pflege und Betreuung oder Transparenz.

In einigen Punkten findet sich aber auch eine Fortsetzung des unsozialen Härtekurses wieder: der 12-Stunden-Tag bleibt, die Zerschlagung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ebenso, die Mindestsicherung wird nicht einheitlich neu und besser geregelt, die Bundesbetreuungsagentur kommt und die unabhängige Rechtsberatung im Asylbereich wird abgeschafft.

Aus Sicht der Volkshilfe ist die Kürzung der Steuern auf Unternehmensprofite (Körperschaftsteuer), die auch bereits von Schwarz-Blau geplant war, problematisch. Von der Maßnahme profitieren nicht die KMUs, sondern jene 5% der großen Unternehmen, die schon jetzt die höchsten Profite eintreiben. Auch die Chance, Vermögende in Form von Vermögens- und Erbschaftssteuern einen gerechten Beitrag zum Staatshaushalt leisten zu lassen, wurde nicht genutzt. Die geplanten Steuersenkungen (inkl. Lohnsteuer) könnten insgesamt 5,7 Milliarden Euro betragen, eine geplante Gegenfinanzierung muss sich nun im Zuge der kommenden Budgetverhandlungen ergeben.

Denn ein umfassender Budgetplan ist umso bedeutender, als viele positive Vorschläge dieses Regierungsprogramms, wie die Investitionen im Infrastruktur- und Klimaschutzbereich, Ausweitung des Mutter-Kind-Passes, kassenfinanzierte Psychotherapieplätze, Informationskampagne Impfen, Erhöhung der Mittel im Bereich Entwicklungszusammenarbeit etc., von ihrer ausreichenden Finanzierung abhängig sind.

Die Volkshilfe wird weiterhin kritisch bleiben, sich für vulnerable Gesellschaftsgruppen stark machen und einen gelungenen Dialog mit der Zivilgesellschaft forcieren und gegebenenfalls einfordern. Die Weichenstellung zur Verbesserung der Zusammenarbeit ist bereits gelegt, nun werden wir die Regierung an ihren eigenen Taten messen und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

IMPRESSUM

Erstellt von Dir. Mag. (FH) Erich Fenninger, DSA, Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe, Laura Allinger, MA, Mag.^a Brigitte Berger, Erwin Berger, MAS, Mag.^a Hanna Lichtenberger, MA, DGKS Mag.^a Teresa Millner-Kurzbauer, MBA, Mag.^a (FH) Judith Ranftler, MA

Für den Inhalt verantwortlich:

Dir. Mag. (FH) Erich Fenninger, DSA, Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe

B PFLEGE UND BETREUUNG



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
Weiterentwicklung des Pflegegeldes (Verbesserung der Demenzbewertung, Weiterentwicklung des Pflegegeld-Einstufungsprozesses)	Erfreulich ist das Vorhaben, die Demenzbewertung bei der Vergabe des Pflegegeldes zu verbessern, wichtig wäre hier auch, psychosoziale und chronische psychische Erkrankungen miteinzubeziehen.
Ausrollung und Finanzierung der Demenzstrategie	Die Demenzstrategie ist ein wichtiges Projekt, um Betroffenen, Angehörigen und Fachkräften in diesem Bereich alle notwendigen Ressourcen zu ermöglichen. Eine engagierte Umsetzung des Papiers sowie die Ausfinanzierung der Demenzstrategie sind wichtige Projekte.
Vereinfachung der Nostrifizierung, Ausbau des Projekts „Migrants Care“, Qualifizierungsprogramme für Migrant*innen, Aufnahme aller Pflegeberufe in die Mangelberufsliste	Der Abbau unnötiger Hürden in der Anerkennung von Qualifizierungen im Bereich Pflege und Betreuung sowie alle Maßnahmen, die Menschen die Möglichkeit bieten, in diesem Feld beruflich tätig zu werden, sind zu begrüßen – auch angesichts des Personalmangels.



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
Maßnahmen zur Erhaltung der unbezahlten Pflegeleistung von Angehörigen	Kurz- und mittelfristig sind die von der Regierung geplanten Maßnahmen zur Unterstützung pflegender Angehöriger interessant, langfristig führen sie aber zu einer Zementierung der unbezahlten Fürsorgearbeit von Frauen. Es braucht zusätzlich den verstärkten Ausbau stationärer Einrichtungen, alternativer betreuter und betreubarer Wohnformen.
Pflegeversicherung	Je nach Ausgestaltung der Pflegeversicherung könnte sie negative Effekte für die Vermögensverteilung haben bzw. keine ausreichende Absicherung des Risikos Pflege sein.
Projekt Community Nurses	Das Projekt darf nicht zu einer weiteren Verlagerung der Ressourcen im Pflege- und Betreuungsbereich hin zu Verwaltungstätigkeiten führen, zentral ist auch, dass es hier nicht zu einer Kompetenzverdoppelung kommt; die Träger bisheriger Angebote im Bereich der mobilen (Langzeit-)Pflege- und Betreuung müssen eingebunden werden.
GuKG-Novelle zur Kompetenzerweiterung für DGKP & PFA	Keine drastische Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflege- und Betreuungssektor, dem durch die Kompetenzerweiterung anfallenden Mehraufwand muss durch einen Personalausgleich begegnet werden.

C ARBEIT

—	MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
Einführung der Pflegelehre	Die Pflegelehre wird kein substantieller Beitrag zur Personaloffensive sein, sondern eine Überforderung und ohne Matura eine berufliche Sackgasse für Jugendliche. Die Volkshilfe setzt sich für den raschen, bundesweiten Ausbau der PFA-Ausbildung in der BHS ein.
Kein Rechtsanspruch auf Pflege und Betreuung	Unsere zentrale Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Pflege und Betreuung findet sich nicht im Regierungsprogramm.
Keine Gesamtreform des Pflegesektors	Der Pflegesektor krankt: Personalmangel, Arbeitsbelastung, fehlende Unterstützung pflegender Angehöriger, keine flächendeckende Versorgung mit leistbaren Angeboten. Grundsätzlich braucht es eine Gesamtreform der Pflege mit grundlegend neuen Formen der Pflege & Betreuung sowie eine Abkehr von der Taylorisierung der Pflege.
Stärkung der Zuständigkeit der AUVA für Pflege und Betreuung sowie keine Rücknahme der Zerschlagung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung	Die Schwächung der Selbstverwaltung durch Schwarz-Blau wird nicht zurückgenommen. Warum gerade die AUVA mit den Pflegeagenden betraut wird, ist unklar. Dies könnte eine weitere Verschiebung der Machtverhältnisse zu Gunsten der Arbeitgeber*innen bedeuten.

+	MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE	MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
	Sicherung der Mittel für SÖBs und gemeinnützige Betriebe im Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz (AMPFG)	Die Sicherung der SÖBs und gemeinnütziger Betriebe lässt nach vergangenen Kürzungsmaßnahmen aufatmen.
	Menschen mit Behinderung, die in Einrichtungen wie Tageswerkstätten arbeiten, müssen in Zukunft Lohn statt Taschengeld bekommen. Ausbau konkreter Beschäftigungsangebote für Menschen mit Behinderungen/benachteiligte Menschen über die Eingliederungsbeihilfe	Dies sind positive Schritte in die von uns geforderte Richtung der Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigung und sozialer Absicherung.
	Kreislaufwirtschaftsentwicklungspaket: Sozialökonomische Betriebe mit Kreislaufwirtschaft (ökologisch und sozial) fördern. Zielgruppe: Langzeitarbeitslose, Menschen mit Vermittlungshindernissen	Das Paket unterstützt unsere Forderung, Soziales, Ökologie und Ökonomie eng miteinander verwoben zu behandeln. Diese nachhaltige Maßnahme kommt besonders vulnerablen Personen am Arbeitsmarkt zugute.



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
<p>Weiterentwicklung des Arbeitslosengeldes mit Anreizen, damit arbeitslose Menschen wieder schneller ins Erwerbsleben zurückkehren können.</p>	<p>Erfreulicherweise wird die Abschaffung der Notstandshilfe nicht forciert, jedoch ist unklar, was mit der „Weiterentwicklung des Arbeitslosengeldes“ konkret gemeint ist, weshalb dieses Vorhaben mit Vorsicht zu genießen ist.</p>
<p>One-Stop-Shop: eine Anlaufstelle für Arbeitssuchende unter Effizienzsteigerung der bestehenden Strukturen mit Beratung und Begleitung</p>	<p>Der „One-Stop-Shop für Erwerbsfähige“ bleibt ebenfalls unklar. Dies könnte heißen, dass die Sozialhilfe in Zukunft über das AMS ausbezahlt wird. Ein solcher Umstrukturierungsversuch scheiterte in der Vergangenheit bereits, u.a. am Widerstand des AMS.</p>
<p>Evaluierung, Adaptierung und Weiterentwicklung des AMS-Algorithmus</p>	<p>Hier ist Sorgfalt geboten, um Benachteiligung nicht fortzuschreiben, sondern Chancengleichheit zu fördern. Erforderlich sind umfassende Transparenz der technischen Entwicklung & eine sinnvolle Einbindung der Betroffenen sowie (u.a. öffentlicher) Stakeholder. Eine unabhängige Begleitung und Evaluierung des Verfahrens ist ebenso notwendig.</p>



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
<p>Die Arbeitsagenden werden aus dem Sozialministerium herausgenommen und vom Ministerium für Arbeit, Familie und Jugend behandelt.</p>	<p>Damit ist Arbeit nicht mehr Teil des Sozialministeriums, wodurch sich inhaltlich kritische Verschiebungen abzeichnen. Die neue Regierung muss weiterhin beide Themenfelder zusammendenken und aufeinander abstimmen.</p>
<p>Der vielseitig kritisierte 12-Stunden-Tag bleibt bestehen.</p>	<p>Der 12-Stunden-Tag geht zulasten der Arbeitnehmer*innen. Arbeitszeitverkürzung findet keinen Platz im Regierungsprogramm und das, obwohl Erwerbsarbeit einen massiven Anteil der CO2-Emissionen ausmacht.</p>

D ARMUT UND SOZIALES



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
Ein Lückenschluss beim Unterhaltsvorschuss soll sicherstellen, dass Eltern nicht mit langwierigen Verfahren belastet werden.	Der geplante Lückenschluss im Unterhaltsrecht ist erfreulich und unterstützt v.a. Frauen und ihre Kinder nach Trennungen.
Vollfinanzierte Therapieplätze im Bereich Psychotherapie	Dieses Finanzierungsvorhaben kann Menschen mit psychischen Problemen positiv unterstützen.
Möglichst flächendeckender, qualitätsvoller, Vollzeit-konformer Ausbau elementarer Bildungsplätze (Kindergärten und Kinderkrippen für unter 3-Jährige) zur Erreichung der Barcelona-Ziele. Es sollen 10.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze pro Jahr neu geschaffen werden. Mittelfristig soll ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr kommen.	Damit würde ein wichtiger Schritt im Ausbau sozialer Infrastruktur gesetzt werden.
Lückenschluss bei Niedriglöhnen; falls keine sozialpartnerschaftliche Einigung zustande kommt, Entscheidung durch das Bundeseinigungsamt	Dies wäre eine begrüßenswerte Veränderung im Sinne der Arbeitnehmer*innen.



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
Die neue Bundesregierung will in der kommenden Legislaturperiode den Anteil armutsgefährdeter Menschen im ersten Schritt halbieren. Ein besonderes Augenmerk legt die Bundesregierung auf die Bekämpfung von Kinderarmut.	Diese Ziele sind zwar äußerst begrüßenswert, jedoch fehlen die konkret geplanten, zielsicheren Maßnahmen. So finden sich u.a. keine weitreichenden finanziellen Unterstützungsleistungen für armutsbetroffene Kinder.
Erhöhung der Untergrenze des Familienbonus von 250 auf 350€ pro Kind und des Gesamtbetrages von 1.500 auf 1.750€ pro Kind	Der Familienbonus des Gesamtbetrages in Höhe von 1.750€ unterstützt v.a. Haushalte mit höheren Einkommen, weil Mindestsicherungsbezieher*innen und Niedrig-verdiener*innen diesen nicht erhalten. Bislang galt der Kindermehrbetrag nur für Alleinverdienende bzw. Alleinerziehende. Künftig sollen zwar erfreulicherweise alle Erwerbstätigen profitieren, die so wenig verdienen, dass sie keine Lohn- und Einkommenssteuern zahlen, jedoch ist hier die Erhöhung des Betrags nur um 100€ gestiegen, nicht um 250€ wie bei jenen mit höherem Einkommen.
Steuerreform und Senkung der ersten drei Steuerstufen von 25, 35 und 42 auf 20, 30 und 40 Prozent ab 2021	Die Senkung des Eingangssteuersatzes ist zwar für einige Personen erfreulich, bringt jedoch Personen mit geringem Einkommen ebenfalls keine großen Erleichterungen.
Automatisches und freiwilliges Pensionssplitting	Pensionssplitting behandelt Ungleichheiten im Sinne eines konservativen Familienbildes, ursächliche Probleme werden damit nicht behoben. Das Modell kann zwar aus steuerlichen Gründen sinnvoll sein, aber nur dann, wenn der Partner (meist der Mann) sehr gut verdient. Es bringt Familien mit geringem/ Durchschnittseinkommen keinen finanziellen Zugewinn.

E INTEGRATION, ASYL UND MIGRATION

—	MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
	Kein Mindestlohn	Der von den Grünen geforderte Mindestlohn von 1.750€ wurde nicht ins Regierungsprogramm aufgenommen.
	Auch die Erwähnung der gekippten „Sozialhilfe neu“ bleibt aus.	Die jetzt nötigen Änderungen der „Sozialhilfe neu“ werden vermutlich nur jene Abschnitte betreffen, die vom VfGH als verfassungswidrig erklärt wurden. Das hieße, dass zumindest die nicht beanstandeten Verschärfungen und weiterhin vorhandenen Missstände – z.B. in Bezug auf Menschen mit Beeinträchtigung und subsidiär Schutzberechtigte – umgesetzt würden.

+	MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
	Konkrete Planung der Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot Karte mit dem Ziel qualifizierte Zuwanderung zu erleichtern (z.B. durch Überarbeitung von Gehaltsgrenzen)	Der Ausbau der Rot-Weiß-Rot Karte bedeutet eine Verbesserung für die Betroffenen. Im Hinblick auf die anzunehmende Verschärfung des Fachkräftemangels ist diese Regelung aber kein Zugeständnis, sondern eine Notwendigkeit aufgrund der dringend benötigten Versorgung von zu pflegenden Personen und anderer Bereiche, in denen Arbeitskräftemangel herrscht.
	Verbesserung der Dolmetschqualität im Asylverfahren	Die Verbesserung der Dolmetschqualität ist eine wichtige Voraussetzung für ein faires Asylverfahren.
	Obsorgeübertragung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete	Die Volkshilfe begrüßt die Zielsetzung, dass für unbegleitete minderjährige Geflüchtete ehestmöglich ein*e Obsorgeträger*in festgelegt wird.



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
Beschleunigung von Asylverfahren	Die Volkshilfe begrüßt das Vorhaben der Regierung, durch eine deutliche Personalaufstockung Asylverfahren zu beschleunigen, um Betroffenen schnell Klarheit zu verschaffen. Die Qualität der Verfahren darf darunter aber keinesfalls leiden.
Unterstützung von Lebensperspektiven vor Ort in Kooperation mit UNHCR	Die Volkshilfe begrüßt die Kooperation mit UNHCR im Bereich der nachhaltigen Unterstützung von Geflüchteten vor Ort. Diese Maßnahme ersetzt jedoch nicht die menschenrechtskonforme Ausgestaltung von Asylverfahren in Österreich.



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
Sicherungshaft (Haft für Personen, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie die öffentliche Sicherheit gefährden)	Die Etablierung einer Sicherungshaft entbehrt jeglicher Notwendigkeit, da im Vorliegen von „Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen, dass die öffentl. Sicherheit gefährdet ist“ – auch die Untersuchungshaft eine Option ist, um Sicherheit zu gewährleisten.
Umsetzung der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU) mit den Tätigkeitsfeldern Grundversorgung, Rechtsberatung, Rückkehrberatung, Dolmetsch-Leistungen, Menschenrechtsbeobachtung	Mit der Umsetzung der BBU in allen fünf von der FPÖ forcierten Bereichen wird den betroffenen Geflüchteten die Chance auf ein faires Verfahren genommen. Sie ist auch ein Schlag ins Gesicht für die menschenrechtliche Arbeit von NGOs, die in den vergangenen Jahren unabhängige Rechtsberatung, Grundversorgung und Rückkehrhilfe angeboten haben.
Modus zur Lösung von Krisen im Bereich Migration und Asyl	Der koalitionsfreie Raum gilt als Novum. Die ÖVP könnte mit der FPÖ ohne grüne Zustimmungen rigide gegen Menschen in Not vorgehen.

F FRAUENPOLITIK



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
Einführung eines jährlichen Berichts zu Frauengesundheit und Vorsorgeprogramm zu spezifischen Frauengesundheitsproblemen, insbesondere psychische Gesundheit	Der Frauengesundheitsbericht darf nicht für die Schublade geschrieben werden. Stattdessen müssen sich daraus Maßnahmen zur Förderung von Frauengesundheit ergeben. Um seine Treffsicherheit zu erhöhen, muss der Bericht in Zusammenarbeit mit den Ländern, Expert*innen und der Wissenschaft erstellt werden.
Ausbau der Frauenberatungsstellen	Angesichts der schwarz-blauen Kürzungspolitik bei Frauenberatungsstellen ist dies eine bedeutende Trendwende.
Durchführung einer Zeiterfassungsstudie (auch zur Dokumentation unbezahlter Arbeit)	Während Schwarz-Blau von einer Teilnahme an der Zeiterfassungsstudie Abstand nehmen wollte, setzt Türkis-Grün dieses wichtige Projekt um. Die Studie ist eine wichtige Grundlage, um unbezahlte (Sorge-)Arbeit von Frauen sichtbar zu machen.



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
Gewaltschutz für Frauen: Präzisierung der Kriterien im Zusammenhang mit der Anzeigepflicht	Unklar ist, ob dies eine Anzeigepflicht für das gesamte Gesundheitspersonal bei Verdacht einer Vergewaltigung umfasst. Um die Hürde für Frauen zu verringern, sexuelle Straftaten selbstständig anzuzeigen, müssten anstelle des Strafausmaßes die Verurteilungsraten erhöht werden.
Vereinbarkeit von Beruf und Kindern	Erfreulicherweise soll Kinderbetreuung qualitativ und quantitativ ausgebaut werden, genaue Kennzahlen und ein Zieldatum fehlen aber derzeit.
Nationaler Aktionsplan Gewaltschutz	Der ‚Nationale Aktionsplan Gewaltschutz‘ ist derzeit noch ohne Finanzierung geplant. Die erforderliche, deutliche Erhöhung des Budgets ist damit ungeklärt. Expertinnen schätzen, dass über 200 Millionen Euro für einen effektiven Gewaltschutz notwendig sind.

G GEMEINNÜTZIGKEIT

MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN

KOMMENTAR

AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE

Kein eigenes Frauenministerium

Um die sich stets fortschreitende Benachteiligung von Frauen zu durchbrechen, müssen Frauenthemen als eigene Schwerpunkte behandelt werden. Ein Frauenministerium ist eine zeitgemäße Weichenstellung.

Keine konkreten Maßnahmen gegen die Altersarmut von Frauen (abgesehen von der Informationskampagne zu Pensionsjahren)

Abgesehen von Informationskampagnen zu den Folgen von Teilzeitarbeit für die Pension fehlen konkrete Maßnahmen gegen frauenspezifische Altersarmut.

Keine konkreten arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung im Berufsleben

Gerade im wichtigen Bereich der arbeitsmarktbezogenen Gleichstellungspolitik finden sich größtenteils nur Allgemeinplätze.



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN

KOMMENTAR

AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE

Anerkennung der Gemeinnützigkeit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Förderungen

Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit bei der Vergabe unterstreicht die Relevanz des Bereichs.

Verbesserung der Rechtssicherheit und Planbarkeit bei Erbringung gemeinwohlorientierter Leistungen (bei Förderungen)

Diese Maßnahme ermöglicht bessere Planbarkeit und Absicherung.

Arbeitsgruppe mit betroffenen Stakeholdern zur Einrichtung eines eigenen Satellitenkontos in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, um auch die wirtschaftliche Bedeutung von gemeinnütziger, zivilgesellschaftlicher und freiwilliger Arbeit sichtbar zu machen

Die aufgelisteten Arbeitsgruppen im Bereich Gemeinnützigkeit sind prinzipiell zu begrüßen, jedoch darf es nicht nur bei der Einrichtung von Arbeitsgruppen bleiben, ihre Empfehlungen müssen auch in die Gesetzgebung einfließen.

Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts und steuerrechtlicher Rahmenbedingungen für Gemeinnützige unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertreter des betroffenen Sektors

H ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
Bekanntnis zu einer stärkeren Hilfe vor Ort	Begrüßenswertes Vorhaben, denn Österreich zählt zu den reichsten Ländern der Welt und muss nicht allein deshalb seiner globalen Verantwortung nachkommen.
Für die humanitäre Hilfe Österreichs wird eine Strategie mit Zielen und Zuständigkeiten erstellt.	Das ist grundsätzlich sehr positiv, aber derzeit noch sehr allgemein.
Signifikante Erhöhung des österreichischen Beitrags zum Green Climate Fonds	Die Erhöhung des Beitrags zum Green Climate Fonds unterstützt zukunftsweisende Entwicklungen.
Ausweitung der finanziellen Mittel im Bereich der bi- und multilateralen EZA mit Fokus auf bilaterale Mittel	Positives Vorhaben, aber unklar bleibt: Aufstockung in welcher Höhe? Wie wird das Geld vergeben: Projekte? Programme? Partnerschaften? Werden die Schwerpunktländer ausgebaut? Welche Bereiche?



MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN	KOMMENTAR AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE
Schrittweise Erhöhung der Entwicklungsgelder Richtung 0,7% des BNP	Die schrittweise Erhöhung der EZA-Gelder ist gut, leider aber ohne Zeitplan und Größenordnung der Schritte.
Substantielle Erhöhung der Hilfe vor Ort: Aufstockung der humanitären Hilfe (u.a. für Flüchtlingslager vor Ort, aber auch für den Auslandskatastrophenfonds)	Auch die Aufstockung der Mittel für die humanitäre Hilfe ist oft gefordert worden und dringend notwendig. Aber auch hier gilt, es wird leider keine erforderliche Zielvorgabe angeführt.
Verstärkte Fokussierung auf das Thema Migration, etwa durch Prüfung der Verwendung zusätzlicher und frei werdender österreichischer EZA-Mittel in Herkunfts- und Transitländern von Migrantinnen und Migranten nach Österreich	Die oftmalige Verknüpfung von Migration und der Entwicklungszusammenarbeit lässt die positiven Ansätze in diesem Bereich aber oft als „Migrationsabwehrinstrument“ erscheinen, das hinterlässt einen schalen Nachgeschmack. Der Einsatz von Mitteln in Transitländern kann ausschließlich aus zusätzlichen Mitteln erfolgen.

MASSNAHMEN, ZIELE, VORHABEN

KOMMENTAR

AUS PERSPEKTIVE DER VOLKSHILFE

„Es ist möglich Klima und Grenzen zu schützen“

Angesichts unserer Wirtschafts- und Klimapolitik sind Menschen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Es obliegt daher unserer Verantwortung, den Auswirkungen unseres Wirtschaftens mit humanitären und global-vernetzten Lösungen zu begegnen.

Impressum

Volkshilfe Österreich
Auerspergstraße 4
1010 Wien

Redaktion

Dir. Mag. (FH) Erich Fenninger, DSA
Laura Allinger, MA
Mag.^a Brigitte Berger
Erwin Berger, MAS
Mag.^a Hanna Lichtenberger, MA
DGKS Mag.^a Teresa Millner-Kurzbauer, MBA
Mag.^a (FH) Judith Ranftler, MA

Stand: Jänner 2020

■ www.volkshilfe.at